

Svenja Stadler, MdB

Die Abstimmung zwischen Bund und Ländern in der Engagementpolitik: Eine (un-)lösbare Herausforderung?

Der Wert von Landesnetzwerken und ihrer Pendanten kann für Engagierte und Politik nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie leisten hervorragende Arbeit. Natürlich ist es unglücklich, wenn die Bundespolitik an einigen Stellen Programme auflegt und damit Parallelstrukturen schafft, wo es Anknüpfungspunkte bei den Landesnetzwerken gegeben hätte.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion fordern seit langem die Aufhebung des Kooperationsverbotes, das eine Förderung von kommunalen und institutionalisierten Ehrenamtsstrukturen verhindert. Die direkte Unterstützung der fachlichen Kompetenz vor Ort ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen, dass der Bund die Kommunen bei der Engagementförderung direkt unterstützt. Leider besteht momentan keine Einigkeit über die Aufhebung des Kooperationsverbots, doch werden wir uns weiterhin dafür einsetzen.

Vielfältige Engagementstrukturen

Wir freuen uns, dass die Engagementlandschaft in den Bundesländern vielfältig ist. Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese Vielfalt Absprachen zwischen Bund und Ländern erschwert. Einige Programme, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entwickelt wurden, erfordern eine rasche Umsetzung, beispielsweise bei dem Patenprogramm „Menschen stärken Menschen“. Andere Programme ermöglichen einen längeren Vorlauf, infolgedessen ist die Einbeziehung der einzelnen Länderbesonderheiten leichter zu berücksichtigen, wie zum Beispiel bei dem Programm „Demokratie stärken!“. Der Paradigmenwechsel in der Förderpolitik unter einem sozialdemokratisch geführten Familienministerium wird im Programm „Engagierte Stadt“ besonders deutlich. Hier arbeiten Zivilgesellschaft, Stiftungen und das Familienministerium Hand in Hand, um eine langfristige Förderung lokaler Kooperationen zu ermöglichen.

Zukunftsvision

Momentan kann der Bund stets nur Modellprojekte auf den Weg bringen, die sich im Idealfall vor Ort als Erfolg erweisen und so durch die Kommunen oder auch durch andere Träger weiter finanziert werden. Leider ist dieser Idealfall äußerst selten gegeben und es entstehen Projektruinen. Wie dieser Entwicklung Einhalt geboten werden kann, darüber diskutieren Politik und Zivilgesellschaft nicht erst seit dieser Legislaturperiode. Wir – die SPD-Bundestagsfraktion – wollen weg von der „Projektitis“, weg von zeitlich begrenzten Pro-

grammen und hin zu einer vernünftigen finanziellen Ausstattung und Unterstützung. Es ist wichtig, das Wissen, welches in den einzelnen Projekten zu Themen und Umsetzbarkeiten gesammelt wurde, zu bewahren. Und es ist wichtig, die Menschen zu halten, die dieses Wissen generiert haben und ihre Region kennen wie kaum jemand sonst.

Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet daran, die anderen Parteien von der hohen Bedeutung langfristiger Projektförderungen zu überzeugen. Deswegen macht sie sich stark für die Gründung einer Engagementstiftung in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, so dass Projekte durch eine gesicherte Finanzierung über einen längeren Zeitraum hinweg Planungssicherheit bekommen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich gut auskennen, sollen nicht von kurzfristigen Verträgen abgeschreckt werden. Es gilt, den „Brain Drain“ im Engagementbereich zu verhindern.

Landesstrukturen vereinheitlichen? Bitte nicht.

Die Landesnetzwerke, Ehrenamtsnetzwerke, Ehrenamtsagenturen und andere übergreifende Länderstrukturen sind wichtige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für uns, auf deren Expertise wir gerne zurückgreifen. Die Abstimmung wäre an der einen oder anderen Stelle einfacher, gäbe es ein übergeordnetes Gremium, mit dem unter anderem die SPD-Bundestagsfraktion in engem Austausch stehen könnte. Dieses Gremium gibt es nicht und die SPD-Bundestagsfraktion sieht auch keine Notwendigkeit für ein solches Organ. Wir schätzen gerade die Vielfalt. Nichtsdestotrotz wird natürlich in vielen Bereichen die Abstimmung erschwert.

Dennoch muss es gelingen, das Beste aus der derzeitigen Situation zu machen und die Energie nicht allein auf das Kritisieren zu verwenden. Kritik ist wichtig, Handeln aber auch. Kritik an Programmen wie „Menschen stärken Menschen“ oder an den zusätzlichen Stellen im Bundesfreiwilligendienst für die Arbeit mit und von Geflüchteten ist sicherlich an einigen Punkten gerechtfertigt.

Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltet jeden Monat eine offene Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement. Hier erhalten Landesnetzwerke, Organisationen, Initiativen und Privatpersonen die Gelegenheit, mit SPD-Politikern ins Gespräch zu kommen, sich auszutauschen, konstruktiv Kritik zu üben. Ich als engagementpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion lade Sie gerne dazu ein. Sie sind herzlich willkommen!

Autorin

Svenja Stadler ist Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion. Sie ist Mitglied im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: svanja.stadler@bundestag.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin

Tel: 030 629 80-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de